



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/39 - 16. Februar 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 089 890

Kriegsoffenerrentenerhöhung - Mit sozialer Verantwortlichkeit	S. 1
Wandlungen der österreichischen KP	S. 3
Der Bundesvertriebenenminister und die politischen Häftlinge aus der SBZ	S. 5
Koalitionskrise und Bundespräsident	S. 7

Vertagte Entscheidung

Von H.G.Ritzel, M.d.B.

Mit der Vertagung der Entscheidung über die Erhöhung der Kriegsoffenerrenten hat der Bundestag eine Verantwortung auf sich genommen, die auch die Mehrheit zwingen wird, nun eine andere Haltung als bisher einzunehmen. Die Regierungsparteien und vorab die CDU/CSU haben auf Grund der von ihnen herbeigeführten Vertagung jetzt die Möglichkeit, in Bezug auf die notwendige Erhöhung der Grundrenten der Kriegsoffener nicht nur den Mund zu spitzen, sondern wirklich zu pfeifen. Die Kriegsoffenerverbände haben Material vorgelegt, das jeden sozialpolitisch Verantwortlichen zum Nachdenken zwingt. Ohne eine wirkliche Erhöhung der Grundrenten bleiben die Sätze der Kriegsoffenerversorgung ungenügend und zum Teil beschämend gering.

Ihre Erhöhung ist ein Akt sozialer Gerechtigkeit. Die Sicherung besserer Renten bedeutet nur eine Erfüllung eingegangener Verpflichtungen und sie ist nach Lage des Bundeshaushalts möglich und vertretbar. Die Vertagung der Entscheidung enthält aber eine unvermeidbare Gefahr:

Der Bundesfinanzminister hat mit grossem Geschick Vorwegbewilligungen und Nachtragshaushalte zu Gunsten der Verteidigungsausgaben erwirkt und beantragt, um die rund fünf Milliarden, die aus dem Bundeshaushalt 1955 im Rechnungsjahr 1955 nicht verbraucht werden, durch noch nicht realisierbare Ausgabebewilligungen hinwegzuzaubern. Wenn diese Politik vor der Entscheidung eine Fortsetzung erfährt, wenn weitere Ausgabebewilligungen erfolgen und wenn etwa vor der Verabschiedung -2-

des sozialdemokratischen Antrages auf Erhöhung der Kriegsofferrenten lineare Senkungen auf dem Gebiet der Einkommen- und Körperschaftssteuer vorgenommen werden, dann wird der Bundesfinanzminister sehr bald in der Lage sein, seine Taschen umzukehren und mit einem Achselzucken des Bedauerns zu erklären, dass nichts mehr vorhanden sei.

Wie ist die Lage: Der Bundesfinanzminister hat für 1955 jede Erhöhung der Kriegsofferrenten bekämpft und abgelehnt. Er hat in dem Entwurf des Haushalts 1956 140 Millionen DM mehr für Kriegsofferrenten eingestellt. Der Kriegsofferausschuss des Bundestages hat gegen die Stimmen der Sozialdemokraten den Antrag der SPD, 900 Millionen für diesen Fall und zum Teil noch für 1955 bereitzustellen, abgelehnt, aber den Ansatz des Bundesfinanzministers für 1956 auf 180 Millionen erhöht.

Die Regierungsmehrheit im Haushaltsausschuss hat sich den Standpunkt des Kriegsofferausschusses zu eigen gemacht. Der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung der Kriegsofferrenten mit einem Jahresaufwand von 900 Millionen DM ab 1. Februar 1956 in Kraft zu setzen, wurde von der gleichen Mehrheit abgelehnt. Die FDP sprang aus der Koalition durch einen eigenen Antrag auf Erhöhung der Grundrenten aus und diese Tatsache war in den Reihen der CDU/CSU mitbestimmend für den Vertagungsantrag vom 2. Februar 1956.

Den Kriegsoffern ist mit noch so schönen Entschliessungen nicht geholfen. Die Haushaltslage erlaubt eine angemessene Erhöhung der Kriegsofferrenten; die moralische und wirtschaftliche Berechtigung dieser Erhöhung ist unbestreitbar. Das soziale Gewissen des Bundestages wird alle Veranlassung haben, die Entscheidung zu Gunsten der Kriegsoffer nach den Worten des sozialdemokratischen Abgeordneten Schoettle schleunigst herbeizuführen. Jede Verzögerung bedeutet angesichts der Finanzpolitik des Bundesfinanzministers eine Gefahr. Diese Gefahr liegt bereits in den vorhandenen Tatsachen einer anderweitigen Bindung verfügbarer Mittel. Der sozialdemokratische Standpunkt ist klar, er wird vom BEE und nach dem dem Bundestag vorliegenden Antrag der FDP auch von dieser geteilt. Verantwortung und Entscheidung liegen bei der CDU/CSU.

Zur wirksamen Abwehr gerüstet

KF - Wien

Als vor einigen Wochen österreichische Parlamentarier eine Studienreise durch die Sowjetunion unternahmen, wurde für sie ein festlicher Empfang im Kremel veranstaltet. Die offiziellen Begrüßungsansprachen waren längst vorüber, da wandte sich Außenminister Molotow an zwei sozialistische Abgeordnete und sagte zu ihnen in zwangloser Plauderton: "Wir möchten gerne mit der Sozialistischen Partei Österreichs gute freundschaftliche Beziehungen aufnehmen." Die beiden Abgeordneten erwiderten: "In Österreich haben Sie doch die Kommunistische Partei, Herr Minister!" Molotow: "Die interessiert uns nicht!" Einer der beiden Abgeordneten: "Die geben sich aber als ihre Vertreter aus!" Darauf Molotow: "Unsere Vertretungen sind die Botschaften und Gesandtschaften, aber nicht die kommunistischen Parteien!" Der Abgeordnete: "Das müssten Sie, Herr Minister, den österreichischen Kommunisten einmal sagen; die wissen das nämlich noch nicht."

Wenn auch Molotows abfällige Bemerkung über die österreichische Kommunistische Partei nicht allzu ernst zu nehmen ist, so verstärkt sie doch den Eindruck, dass zwischen dieser Partei und ihren sowjetischen Auftraggebern nicht gerade ein herzliches Einverständnis besteht. Die führenden Kommunisten lieben den Stiefel nicht, der sie dauernd tritt, und die Sowjets, eingedenk ihrer eigenen revolutionären Vergangenheit, haben nur eine abgrundtiefe Geringschätzung für den politischen Kretin, der sich Kommunistische Partei Österreichs nennt. Obwohl ein Teil Österreichs volle zehn Jahre lang durch sowjetische Truppen besetzt war, ist es den Kommunisten bei keiner Wahl gelungen, über armselige fünf Prozent an Wählerstimmen hinauszukommen.

Ein äusseres Kennzeichen des inneren Bankrotts dieser Partei war auch der Wechsel der Bezeichnung, unter der sie bei jeder der drei bisherigen Parlamentswahlen aufgetreten ist: 1945 als "Kommunistische Partei", 1949 als "Linkenblock" und 1953 als "Volksopposition". In den letzten September- und ersten Oktobertagen des Jahres 1950 setzte die KPÖ in einem Putschversuch alles auf eine Karte. Sie hoffte, dass -4-

die sowjetische Besatzungsmacht zum Eingreifen provoziert würde. Die Russen hielten sich aber heraus und der Putschversuch endete mit einer kläglichen Niederlage, von der sich die Kommunistische Partei Österreichs seither nicht mehr erholt hat. Die zweite, wenn auch weniger augenfällige Niederlage, war der Abschluss des Staatsvertrages im vorigen Jahr. Die Sowjets hatten grundsätzlich nur mit den Vertretern der beiden Regierungsparteien (ÖVP und SPÖ) verhandelt, von den Kommunisten hatten sie sich nicht einmal einen Rat geholt. Nach dieser offenkundigen Bloßstellung aber hatten die Sowjets das Land geräumt und die österreichischen Kommunisten ihrem Schicksal überlassen. Die Nachtpositionen der USIA-Betriebe und der Sowjetischen Mineralölverwaltung wurden ebenso aufgegeben wie die Einnahmen aus den USIA-Detailverkaufsläden, von denen ein bestimmter Anteil in die Parteikasse der KPÖ geflossen war. Vom österreichischen Volk ignoriert, von den Russen verachtet, so erlebt die kommunistische Führungselite die Wiederherstellung der Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs.

Als die Sowjets aus dem Land verschwunden waren, zerrissen viele KP-Mitglieder, hauptsächlich in den USIA-Betrieben, ihre Mitgliedsbücher. Dieser Umstand und die völlige politische Pleite machen nun eine Metamorphose der KPÖ notwendig. Gegenwärtig werden die Mitgliedsbücher ungetauscht, um auf diese Weise die Reihen der Anhängerschaft zu bereinigen. Gleichzeitig trifft man Vorkehrungen, um aus der veränderten Massenpartei eine schlagkräftige Kaderpartei zu machen. Die sowjetischen Kommissare Lapitzkow und Kutasow, beides in Litauen und Iran bereits erprobte Fachleute für Reorganisationsmassnahmen, befinden sich seit einiger Zeit in Österreich.

Hand in Hand mit der Reorganisation und Neuausrichtungen geht auch eine neue Taktik gegenüber den sozialistischen Parteimitgliedern. Man versucht es wieder einmal mit freundschaftlicher Anbiederung. Harte Worte der Kritik und scharfe Angriffe gegen die SPÖ werden tunlichst vermieden, stattdessen werden "demokratische Diskussionen" und "gemeinsame Aktionen" angeregt. Da aber solche Manöver völlig ihren Zweck verfehlen, bleibt abzuwarten, ob die Organisierung zu einer Kaderpartei nicht doch über kurz oder lang zu radikaleren Methoden führt. So oder so - die österreichischen Sozialisten sind, wie bisher, zu wirksamer Abwehr gerüstet.

Zum Bittsteller degradiert

E.Z. Berlin

Die Bundesregierung könne den politischen Häftlingen, die aus der Sowjetunion oder aus sowjetzonalen Zuchthäusern zurückkehren, keinen Rechtsanspruch auf Haftentschädigung gewähren, wie er den Heimkehrern aus Kriegsgefangenschaft zuerkannt werde. Dies erklärte kein anderer als der Bundesvertriebenenminister Oberländer nach Berichten der Tagespresse vom 14. Februar in Berlin, wo er mit zuständigen Berliner- und Bundesstellen sowie Vertretern der Flüchtlings- und Vertriebenenverbände über die Flüchtlingslage Besprechungen führte.

Die Abneigung der Bundesregierung gegen eine rechtliche Gleichstellung der politischen Häftlinge mit den Heimkehrern aus Kriegsgefangenschaft ist bekannt. Neu ist freilich die Begründung, die Herr Oberländer, der von seiner SPD-Partei schon längst in Acht und Bann getan, aber von Dr. Adenauer als 'wertvolles' Mitglied der Regierung und Freund der CDU gehalten wurde, für diese Ablehnung eines mehr als berechtigten Anspruches der politischen Häftlinge ins Feld zu führen wagte.

Herr Oberländer hatte den traurigen Mut, vor der Berliner Presse öffentlich zu erklären, man dürfte dadurch, dass man den politischen Häftlingen einen Anspruch auf Haftentschädigung gewähre, den Pankower Behörden nicht die Möglichkeit bieten, durch Massenentlassungen das Finanzgefüge der Bundesrepublik zu beeinflussen. Ausserdem könne niemand dafür garantieren, dass die Sowjetorgane nach einer derartigen Massenentlassung von politischen Häftlingen nicht sofort neue Verhaftungen vornehmen. Auf gut deutsch heisst das: der Bundesregierung ist es lieber, wenn die Zehntausende von politischen Häftlingen weiter in den Kerkern des SED-Regimes schmachten, als dass die Bonner Regierung das Risiko eingeht, durch eine gesetzlich festgelegte Haftentschädigung einige hundert Millionen für die Entschädigung jener Deutschen zahlen zu müssen, die nach 1945 gegen den politischen Terror Ulbrichts kämpften.

Was ist schon nach der Ablehnung des Rechtsanspruches auf Haftentschädigung das Versprechen Oberländers, in der Praxis würden die politischen Häftlinge genau so entschädigt werden wie die Kriegsgefangenen. Wer keinen gesetzlichen Anspruch hat, der ist zum menschenunwür-

ligen Bittgänger degradiert, dessen Anliegen erfahrungsgemäss monatelang von den zuständigen Dienststellen geprüft wird, um dann je nach subjektiver Beurteilung eines Beamten entschieden zu werden.

Es ist kaum zu glauben, dass die Haltung des Herrn Oberländer mit den Ansichten der Bundesregierung identisch ist, wenn er sich in seiner Erklärung auch ausdrücklich auf die Bundesregierung beruft. Nur eine sofortige Entlassung des Herrn Oberländer aus dem Ministeramt ist in der Lage, Zweifel an der Haltung der Bonner Regierung in dieser wichtigen Frage zu beseitigen. Nur ein solches eindeutiges Abrücken von der Erklärung Oberländers kann die Regierung Adenauer von dem Verdacht befreien, dass sie es mit der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit nicht ernst meinen könnte, weil sie mit gewiss nicht kleinen finanziellen Opfern verbunden wäre.

Sollte die Bundesregierung wider Erwarten keine Konsequenzen aus dieser von Oberländer in ihrem Namen in Berlin abgegebenen Erklärung ziehen, dann erscheint das von Bonn offen und laut bekundete Bekenntnis zur Wiedervereinigung Deutschlands und zu den Opfern des 17. Juni 1953 in einem sehr fragwürdigen Licht.

+ + +

Der Westdeutsche Rundfunk und "sein" Ministerpräsident

J.F.W. In den UKW-Sendungen des Kölner Funkhauses beanspruchte der Karneval, dem heimatverbundenen Charakter dieses Programms entsprechend, während der drei toller Tage einen breiten Raum.

So auch in den Nachrichtendiensten.

Dabei entging man aber in Köln nicht der Versuchung, sogar die Berichterstattung über die Rosenmontagszüge in den Dienst der (CDU)-Politik zu stellen. Den erstaunten Rundfunkhörern wurde am 13. Februar in den UKW-Nachrichten wiederholt mitgeteilt, dass Ministerpräsident Arnold beim Düsseldorfer Rosenmontagszug "mit demonstrativem Beifall" begrüsst worden sei.

Man muss schon besonders (CDU-) geschulte Ohren haben, um aus Lärm und Fröhlichkeit, die einen Karnevalszug umbranden, einen politisch "demonstrativen Beifall" herauszuhören. Im Funkhaus Köln verfügt man offenbar über diese besondere Gabe, die für einen objektiven Rundfunk-Nachrichtendienst denkbar überflüssig ist.

Dem Kölner Rundfunkintendant verband mit dem Düsseldorfer Ministerpräsidenten stets ein enges Vertrauensverhältnis. Für seine persönliche Treue gegenüber Dr. Arnold hätten wir daher gerade in diesen Tagen volles Verständnis. Dies Verständnis endet aber, wenn, wie am Rosenmontag, aus der persönlichen Verbundenheit des Intendanten zu Dr. Arnold die Heimatverbundenheit des Kölner UKW-Funks zur politischen Verbundenheit gegenüber der CDU verfälscht wird.

+ + +

Ein Empfang und eine Erklärung

sp. Die vier FDP-Bundesminister haben am Mittwochabend eine Erklärung gegen die freidemokratische Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen und ihr Vorhaben abgegeben, in diesem Lande eine Koalition mit den Sozialdemokraten einzugehen. Sie setzten sich dabei vornehmlich mit der Elf-Punkte-Erklärung der Düsseldorfer FDP auseinander, die ihrerseits die bisher deutlichste Begründung für das Vorgehen der FDP in Nordrhein-Westfalen enthielt, wenn man von der Rede des Fraktionsvorsitzenden dieser Partei im Düsseldorfer Landtag am Donnerstag absieht. Es geht hier nicht darum, sich mit den ministeriellen Argumenten im einzelnen auseinanderzusetzen, auch nicht so weit sie in Angriffe auf die SPD bestehen.

Aber etwas anderes ist in diesem Zusammenhang aufgefallen. Aus den Berichten geht hervor, dass die vier Minister unmittelbar bevor sie ihre Erklärung abgaben, vom Bundespräsidenten Heuss empfangen worden sind. Natürlich hat der Bundespräsident das Recht, jederzeit mit jedermann ein politisches Gespräch zu führen. Das geschieht sehr häufig und ohne dass davon nach aussen hin viel Aufhebens gemacht wird. In der apa-Meldung hiess es, Heuss habe die FDP-Politiker zu sich gebeten, um sich über die Situation nach der Elf-Punkte-Erklärung der Landtagsfraktion der FDP von Nordrhein-Westfalen zu informieren.

Die Frage erhebt sich, ob die Mitteilung über die stattgefundene Unterredung mit dem Einverständnis des Bundespräsidenten ausgegeben wurde, oder ob von interessierter Seite versucht worden ist, das Gewicht der Stellung des Bundespräsidenten in der gegenwärtigen koalitions politischen Auseinandersetzung, die, wie niemand bestreitet, den Rahmen des Landes Nordrhein-Westfalen längst gesprengt hat, einzusetzen. Das würde gleichzeitig den Versuch darstellen, auf die FDP in Nordrhein-Westfalen einen entsprechenden Druck auszuüben und den Namen des Bundespräsidenten für die besondere, auf Fortbestand der überragenden CDU-Vorherrschaft ausgerichteten Koalitionspolitik Dr. Adenauers zu mobilisieren.

Gegen eine solche Absicht müsste man sich sehr entschieden wehren, denn sie wäre zu allem anderen, was man in der letzten Zeit an Bemühungen zur Unterhöhlung des demokratischen Bewusstseins erlebt hat, ein neuer Verstoss gegen den Geist politischer Fairness und Sauberkeit, der für das Klima in einem demokratischen Staat entscheidend ist. Der Bundespräsident sollte, so meinetwegen, klarmachen, dass er nicht wünscht, dass seine Person und sein Amt in den Streit der Parteimeinungen um dieses oder jenes Koalitionsprinzip einbezogen werden. Denn das würde eine Stellungnahme des Präsidenten auch gegen eine bestimmte demokratische Partei oder Parteiengruppierung einschliessen. Es wäre gut, wenn er sich rechtzeitig und deutlich gegen solche Zumutungen zur Wehr setzte.

+ + +

Verantwortlich: Peter Kaunau